

Flüchtlingspolitik: Gemeinsam unser Land gestalten.

Flüchtlings- und Integrationspolitik sind kein Elitenprojekt. Um ein würdiges Ankommen in Deutschland und eine gelungene Integration zu ermöglichen, brauchen wir die Kraft der gesamten Gesellschaft. Wir brauchen jede gute Idee und jede helfende Hand. Probleme und Schwierigkeiten werden nicht ausbleiben. Dem müssen wir uns stellen: Es heißt, Wege zu bahnen und auch Grenzen aufzuzeigen, Vereinbarungen neu auszuhandeln und gemeinsam Lösungen zu finden.

Etwa eine Million Flüchtlinge sind 2015 in unser Land gekommen. Noch immer sind tausende auf dem Weg nach Europa. Wie sich die Fluchtbewegung nach Deutschland entwickeln wird, vermag niemand vorherzusagen. Aber eins ist gewiss: Wir sehen uns einer Mammutaufgabe gegenüber. Nach den akuten Fragen der Unterbringung und Versorgung muss alle Kraftanstrengung auf die Integration gerichtet werden. Wir werden nichts kleinreden, aber wir vertrauen auf unsere Kraft: Es wird uns gelingen, wenn alle mitmachen. Wir wollen unser Land gemeinsam gestalten.

Demokratisch entscheiden

Anstatt „par ordre du mufti“ durchzuregieren, wollen wir Politik demokratisch gestalten. Die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter müssen daher das Heft des Handelns kraftvoller in die Hand nehmen. Denn so notwendig entschlossenes Anpacken und auch kurzfristige Entscheidungen der Exekutive in Ausnahmesituationen sein mögen: Regierungshandeln ersetzt keine parlamentarische Arbeit. Daher müssen wir die Gestaltungskraft der Parlamente auch in der Flüchtlings- und Integrationspolitik zurückgewinnen, stärken und ausbauen.

Das Netzwerk Berlin sieht es als zwingend notwendig an, alle Gesetzespakete und Maßnahmen, die der aktuellen Situation geschuldet sind und vom Deutschen Bundestag in kürzester Zeit auf den Weg gebracht werden, mit einer sogenannten Sunset-Klausel zu versehen – d.h., sie nach einer festzulegenden Frist erneut zu überprüfen. Noch kann niemand absehen, wie sich die Situation entwickeln wird und welche Wirksamkeit die aktuellen Gesetzesänderungen tatsächlich entfalten werden. Daher gehören ausnahmslos alle Maßnahmen auf den Prüfstand; nichts darf in Stein gemeißelt werden.

Das Netzwerk Berlin fordert zudem die Einsetzung eines ständigen Ausschusses „Migration und Integration“ im Deutschen Bundestag. Die hohe Zahl von Flüchtlingen wird unser Land vor neue Problemlagen stellen. Die Politik wird in vielfältiger Art und Weise gefordert sein. Ressortdenken und Flickwerk werden dieser komplexen Aufgabe nicht gerecht. Es ist daher notwendig, auch im parlamentarischen Betrieb die organisatorischen Grundlagen zu

schaffen, um die Aufgaben zu bündeln, zu ordnen und sachgerecht anzugehen. Nur so funktioniert Politik aus einem Guss.

Ganz ehrlich: In vielen Fragen stochert auch die Politik noch im Nebel. Viele Forderungen erscheinen als reflexhafte Schnellschüsse. Mit wie vielen Flüchtlingen müssen wir in den kommenden Jahren rechnen? In welcher Weise werden sie unser Land verändern? Wie müssen sich auch die verändern, die schon lange hier leben? Welche konkreten Aufgaben werden sich stellen? Eine vorausschauende Politik mit Hand und Fuß benötigt verlässliche Prognosen und realistische Szenarien. Wir schlagen daher vor, eine Enquete-Kommission zum Thema Integration einzurichten, die Sachverstand zusammenträgt, damit wir unsere Politik auf solide Füße stellen und viele Menschen beteiligen können. Eine Enquetekommission bietet zudem die Möglichkeit, vom parteitaktischen Gegeneinander zum parteiübergreifenden Miteinander zu kommen.

Große Aufgaben brauchen starke und arbeitsfähige Struktur auf allen Ebenen: Daher sollten wir zügig eine Task-Force „Flüchtlingspolitik“ gründen. Die Bundesregierung, die Länder und Kommunen sowie wichtige Organisationen, wie z.B. Kirchen, Wohlfahrtsverbände, THW und DRK, gehören an einen Tisch. Kirchturmpolitik können wir uns nicht leisten. In einer Task-Force könnte vieles schnell und pragmatisch auf dem kurzen Dienstweg geklärt werden. Denn in vielen Fällen brauchen wir keine neuen Asylpakete, sondern beherztes Handeln. Das Netzwerk Berlin fordert zudem, in absehbarer Zeit ein eigenständiges Bundesministerium für „Migration und Integration“ zu schaffen.

Die gesamte Gesellschaft mitnehmen

Integration verlangt allen viel ab – am meisten den zu uns kommenden Menschen, aber auch den Alteingesessenen. Integration ist also keine Einbahnstraße. Einseitige Verpflichtungserklärungen sind daher auch nicht zielführend. Wer aber denkt, nun stünde alles zur Disposition, der irrt gewaltig. Weder unser Grundgesetz noch unser freiheitlicher Lebensentwurf sind verhandelbar. Es ist völlig legitim, von den Menschen, die zu uns kommen, Anstrengungen zu erwarten und ihnen Regeln vorzugeben. Zu diesen Regeln gehört ein für alle verbindliches Wertegerüst. Im Gegenzug haben wir die Verpflichtung, für die Neuankömmlinge in unserer Mitte Platz zu schaffen. Integration gelingt nur mit der ausgestreckten und helfenden Hand der Mehrheitsgesellschaft. Viele der Flüchtlinge von heute sind unsere Mitbürger von morgen. Sie werden unser Land verändern. Und das ist auch gut so. Wir laden sie ein, sich einzumischen und sich einzubringen. Denn nur wenn sie sich in unserem Land auch wiederfinden, wird Deutschland auch zu ihrem Land. Dann wird aus Uns und Ihr ein neues Wir. Wir wollen gemeinsam ein neues Leitbild unserer Gesellschaft entwickeln. Wir müssen offen miteinander reden und ehrliche Antworten finden: Was können – ja, was müssen wir sogar – von den neuen und von den alten Mitbürgerinnen und Mitbürgern verlangen, wo sind Grenzen der Zumutbarkeit? Was sind beide bereit zu leisten? Wie wollen wir gemeinsam unser Land gestalten?

Viele tausend Menschen kamen und kommen in unser Land und suchen hier Zuflucht. An uns allen wird es liegen, ob die Ankunft der Menschen zum Problem oder zur Erfolgsgeschichte wird. Wir geben uns keinen Illusionen hin. Aber wir gehen mit Mut und Zuversicht ans Werk, weil wir eine Gesellschaft wollen, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gelebt werden.

März 2016